Zeitschrift: Historischer Kalender, oder, Der hinkende Bot

Band: 251 (1978)

Rubrik: Weltchronik

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Weltchronik

vom 1. Juni 1976 bis 31. Mai 1977

Nach dreijährigem, bisweilen strapaziösem Marsch mehren sich endlich die Anzeichen, die dafür sprechen, dass die Weltwirtschaft die Mitte des düsteren wirtschaftlichen Tunnels durchschritten hat und sich allmählich der lichten Öffnung nähert. Allerorten bricht wieder Hoffen auf: kündigt ein konjunktureller Frühling sein Kommen an? Aber dennoch wird der kritische Betrachter gut daran tun, wenn er seine Erwartungen nicht allzusehr überspannt. Zwar hat sich die internationale Wirtschaftslage seit Herbst 1976 sichtlich von der schweren Depression erholt, doch zu Ausbrüchen der Freude besteht noch kein Anlass. Die Schwierigkeiten, die sich auftürmen, sind immer noch immens. Im Berichtsjahr belief sich die Zahl der Arbeitslosen im Durchschnitt in den westlichen Industriestaaten auf etwa 15 Millionen. Die meisten Länder hatten mit unverändert hohen, teils zweistelligen Inflationsraten und mit einem zunehmenden Schuldenberg, der aus den diversen «Ankurbelungsprogrammen» resultierte, zu kämpfen. Die Absatzschwierigkeiten, die sich aus der allgemeinen Überproduktion ergeben haben, führten eine Verschärfung des weltweiten Konkurrenzstreites herbei. Insbesondere die Erdöl-Staaten am Persischen Golf vermochten indessen ihren kometenhaften ökonomischen Aufstieg fortzusetzen, so dass bereits heute ein beträchtlicher Teil des Weltvermögens in jener Region konzentriert ist. Die arabischen Ölmagnaten legten das viele Geld, das sie im eigenen Land nicht alles investieren können, in Nordamerika und Europa an. Die politischen Zwerge sind zu wirtschaftlichen Riesen emporgewachsen. Amerikanische und europäische Arbeiter werden sich wohl vermehrt an den exotischen Anblick der neuen Chefs gewöhnen müssen: Wüstensöhne in wallenden weissen Beduinenkleidern.

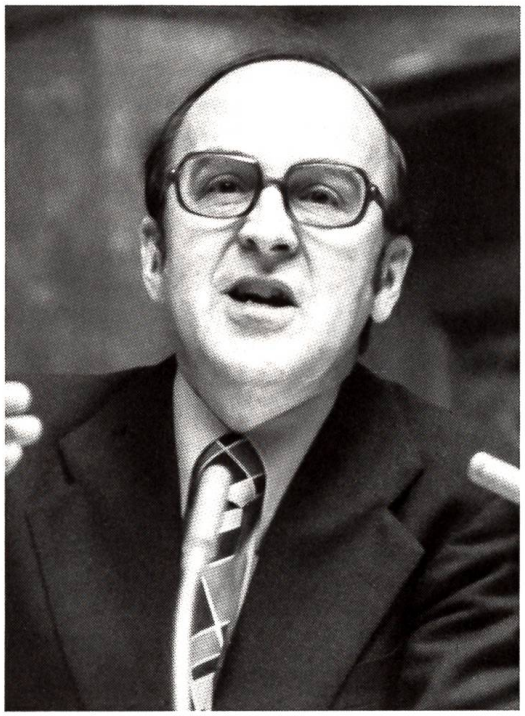
* * *

Der wirtschaftliche Aufschwung vollzog sich recht unterschiedlich, je nach Branche und Land. In den USA, dann mit einiger Verzögerung in Westdeutschland und Japan erholte sich das Wirtschaftsleben am besten. In Italien und Grossbritannien hingegen verharrte die ökonomische Situation auf einem bedenklich tiefen, man wird fast sagen dürfen katastrophalen Niveau. Aber auch in den prosperierenden Ländern verringerte sich die Arbeitslosigkeit nur wenig wegen der verstärkten Rationalisierungsbemühungen. Die kurzfristig konjunkturelle Arbeitslosigkeit verwandelte sich zusehends in eine langfristig strukturelle. Die Frage der Vollbeschäftigung droht zu einem brisanten innenpolitischen Dauertraktandum in den meisten hochtechnisierten Ländern zu werden. Die «goldenen» Jahre, diese Erkenntnis gewann immer mehr an Überzeugung, werden auf absehbare Zeit nicht wiederkehren.

* * *

Die *USA* feierten mit farbenprächtigen Aufmärschen und Umzügen am 4. Juli ihren 200. Geburtstag. Grund zur Freude, aber auch zur kritischen Rückbesinnung. Nach vielen Skandalen und Affären schickt sich das Land an, auf den ehrbaren Pfad, den George Washington und Thomas Jefferson vorgezeichnet haben, zurückzukehren. Eine knappe Mehrheit der Amerikaner wählte Jimmy Carter als neuen Präsidenten ins Weisse Haus. Gegenüber seinem Konkurrenten Gerald Ford kam Carter in erster Linie die persönliche Ausstrahlungskraft seines offenen, unkomplizierten Wesens zugute. Kaum in sein Amt eingesetzt, hatte der 39. Präsident der Vereinigten Staaten schon mit einem der dringlichsten Probleme des Landes zu tun. Wegen des bitterkalten Wetters um die Jahreswende brach das Energieversorgungssystem für weite Gebiete fast völlig zusammen. Der beinahe vergessene Erdöl-Schock vom Herbst 1973 kehrte schlagartig ins Bewusstsein der Amerikaner, aber auch der Europäer zurück. Die Forderung nach sorgfältigem, sparsamem Umgang mit dem von Jahr zu Jahr knapper werdenden Rohöl wurde erneut brennend aktuell. Carter liess denn auch keinen Zweifel offen, dass er handeln will. Im Frühjahr legte er ein Sparprogramm vor, dass zum Teil

recht drastische Massnahmen vorsieht und das in den Ohren liberaler Amerikaner ungewohnt und ketzerisch tönen muss. Auch aussenpolitisch versuchte die neue Administration frischen Wind blasen zu lassen. Nicht allein Geschäftsinteressen, sondern auch moralische Grundwerte wurden als Leitlinien der internationalen Beziehungen beschworen: Moskau wurde zur Einhaltung der Menschenrechte aufgefordert, und an Südafrika erging die Mahnung, endlich mit der Rassentrennungspolitik Schluss zu machen. Das Bild des «hässlichen Amerikaners», das seit Johnson zunehmend die Weltmeinung bestimmte, Jimmy Carter will es ganz offenkundig durch das Konterfei des guten alten Uncle Sam ersetzen.



Dr. Kurt Furgler
Bundespräsident für das Jahr 1977
Photopress-Bilderdienst, Zürich

* * *

Szenenwechsel auch auf der politischen Bühne des volksreichsten Landes der Erde, in der *Volksrepublik China,* mit dem Tode Maos. Leute, die keineswegs politische Gesinnungsfreunde des greisen chinesischen Führers waren, bezeugten ihre Achtung vor diesem Staatsmann. Der französische Staatspräsident Giscard sprach davon, dass «der Leuchtturm des Weltgeistes» erloschen sei, und der amerikanische Aussenminister Kissinger sah «einen Titanen unserer Zeit» scheiden. In der Tat kann man nicht umhin, von welchem politischen Standort her man auch das Werk Maos betrachtet, die Leistung dieses Mannes zu bewundern. Der einstige Volksschullehrer hat in einem 27jährigen unentwegten Erziehungsprozess das volkreichste Land unseres Planeten nach seinem Bilde umzumodeln versucht. Ob Mao es erreichte, die in starken Traditionen verwurzelten Chinesen zu neuen Menschen umzuformen, diese Frage muss offen bleiben und wird erst von den nächsten Jahren beantwortet werden. Was bis heute fraglos als Leistung anzuerkennen ist, besteht in der Tatsache, dass in einem Lande, wo früher periodisch die schlimmsten Hungersnöte wüteten, heute jedermann sein täglich Brot findet. Die Geisseln jedes Entwicklungslandes, Analphabetentum und Krankheitsepidemien, sind in der Volksrepublik praktisch nicht mehr anzutreffen. Wie wird es nun weitergehen, nachdem der «grosse Steuermann» für immer von Bord gegangen ist? Kaum war Mao im Grabe, gerieten sich die Nachfolger in die Haare. Mit erstaunlicher Schnelligkeit gewann die Richtung der Pragmatiker und Reformer die Oberhand. Die linksradikale Schanghai-Gruppe um die Mao-Witwe Tschiang-Tsching wurde völlig entmachtet und vom neuen Parteiführer und starken Mann Hua-Kuo-feng in die «Wüste» geschickt. Noch scheint die Gefahr aber nicht ganz gebannt, dass das Riesenreich, das auch von Mao nur mit viel Mühe und grossem taktischem Geschick zusammenzuhalten war, sich unter dem zerstrittenen Nachfolgeregime wieder in verschiedene Teilreiche aufspalten könnte.

* * *

Eine spektakuläre Umwälzung der politischen Verhältnisse vollzog sich auch auf dem *indischen*

Jimmy Carter, der neue Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika
Photopress-Bilderdienst, Zürich

Subkontinent. Nachdem Ministerpräsidentin Indira Gandhi im Juni 1975 den Ausnahmezustand über das Land verhängt hatte, angeblich um die Demokratie zu retten, herrschten in Indien Folter, Gewalt, Unruhen und blutige Auseinandersetzungen. Wieder zeigte sich, dass mit einer Diktatur die Demokratie nicht zu schützen ist. Die brutal herrschende Regierung stiess auf einen immer breiteren Widerstand im Volk. Vor allem die selbstherrlichen Allüren von Indiras Sohn Sanjay, der Elendsviertel abreissen liess, um die Städte zu verschönern, der aber unfähig war, neue Wohnungen zu errichten, und der jahrelang Direktor eines staatlichen Automobilwerks spielte, ohne je ein einziges Fahrzeug zu produzieren, steigerten den Zorn und Missmut im Lande. Als im Frühjahr Parlamentswahlen vor der Tür standen, wurden namhafte Parteifreunde der Regierungschefin abtrünnig. Die grösstenteils unter miserablen Bedingungen dahinvegetierende Bevölkerung präsentierte im März die Rechnung: die Wahlen endeten mit einer schweren Schlappe der regierenden Partei. Indira Gandhi musste ihr Amt niederlegen und den Ausnahmezustand aufheben. Indira, die während elf Jahren ihren Posten bekleidete, wurde vom Oppositionsführer der siegreichen Janata-Partei, dem 81jährigen Desai, abgelöst.

* * *

Auch *Japan* erlebte einen Regierungswechsel. Die seit 21 Jahren die Geschicke des Inselreiches lenkende liberaldemokratische Partei war in den Strudel des Lockheed-Skandals geraten. Ministerpräsident Tanaka musste wegen Korruptionsverdachts den Hut nehmen. Sein Parteikollege und Nachfolger Takeo Miki geriet unter heftigen Beschuss des eigenen Lagers, da er dem Bestechungsfall unnachsichtig nachspürte. Der innerparteiliche Zwist machte die Liberaldemokraten vollends unglaubwürdig. Bei den Unterhauswahlen büssten sie wie erwartet die absolute Mehrheit ein, während die Opposition aus Sozialisten, Buddhisten und Demokratischen Sozialisten massiv Stimmen gewann.

* * *

Im *Nahen Osten* stand für einmal nicht der Gegensatz zwischen Israel und den arabischen Nachbarstaaten im Vordergrund des Interesses. Das Augenmerk richtete sich vielmehr auf das Wüten des Bürgerkriegs im Libanon. Das unnachgiebige Ringen zwischen den christlichen, eher rechtsgerichteten Falangisten auf der einen Seite und den Palästinensern und linken Moslems auf der andern kostete mindestens 60000 Menschen das Leben. Die einst blühende Wirtschaft und Infrastruktur des Landes, das früher als «Schweiz des Nahen Ostens» gegolten hatte, wurde in Schutt und Asche gelegt. Die Nieder-

lage wurde den Palästinensern nicht durch christliche Milizen, sondern durch syrische Truppen beigebracht. Im Juni hatte sich Syrien erstmals aktiv in die Auseinandersetzung eingeschaltet, im November schliesslich besetzten syrische Panzerabteilungen die Hauptstadt Beirut. Seither üben die Syrer eine Art Schutzmacht-Kontrolle über den Libanon aus. Die ins Stocken geratenen Friedensgespräche mit Israel kamen wieder in Fluss. Auf beiden Seiten wurde Konzessionsbereitschaft bekundet; ein zarter Hoffnungsschimmer auf Frieden zeigte sich am Horizont. Aber die innenpolitischen Schwierigkeiten in Israel verdüsterten alsbald die Aussichten. Verschiedene Affären innerhalb der regierenden Arbeiterpartei – insbesondere das illegal im Ausland unterhaltene Bankkonto der Gattin des Ministerpräsidenten Rabin – verhalfen der rechtsgerichteten, national-religiösen Opposition zu einem überraschenden Sieg in den vorgezogenen Neuwahlen. Da der Führer des Likud-Blocks und designierte Regierungschef Begin als Verfechter einer ausgesprochen harten Linie gilt, der Westjordanien nicht als besetztes arabisches Gebiet, sondern als Teil des israelischen Territoriums betrachtet, sind nun die Aussichten auf eine friedliche Lösung erneut in weite Ferne gerückt.

* * *

Mit grossen inneren Schwierigkeiten hatten auch die osteuropäischen Staaten zu kämpfen. Als im Juni die *polnische Regierung* drastische Preiserhöhungen für verschiedene Grundnahrungsmittel ankündigte, formierte sich alsbald eine breite Gegnerschaft in der Bevölkerung. Das Unbehagen führte zu spontanen, teils gewalttätigen Arbeiterdemonstrationen. Zahlreiche Werktätige legten ihre Arbeit nieder, und die Regierung musste die beschlossenen Preisaufschläge wieder zurücknehmen. Die Bürokraten des «Arbeiterstaates» liessen anschliessend die aktivsten Arbeiter und Streikführer verfolgen, verhören und verhaften. Die katholische Kirche machte sich zum gewichtigsten Sprachrohr der unterdrückten Opposition.

Auch in *Ostdeutschland* wurde das innenpolitische Klima frostiger. Nach zwölfjährigem innerem Exil durfte der Poet und Liedermacher Wolf Biermann, der sich selbst als Kommunist versteht und für einen besseren Sozialismus seit Jahren schon kämpft, in den Westen ausreisen. Nach seinem ersten Konzertauftritt in Köln, wo er giftige Pfeile auf die DDR-Parteibonzen abschoss, wurde ihm prompt die Staatsbürgerschaft abgesprochen und die Rückkehr in die DDR verweigert. Diese harte Massnahme der Behörden

Mao Tse-tung gestorben
Zehntausende von Chinesen erwiesen im September 1976 ihrem verstorbenen Führer die letzte Ehre.
Photopress-Bilderdienst, Zürich

führte zu einer bis anhin unbekannten Solidarisierung zahlreicher prominenter ostdeutscher Künstler. Das unsicher gewordene Regime beantwortete diesen Aufstand mit Parteiausschlüssen und der Abschiebung weiterer unbequemer Persönlichkeiten in den Westen. In ähnlich «eleganter» Manier suchte sich auch die *Sowjetunion* ihre eigenen Kritiker vom Halse zu schaffen. Aufsehen erregte vor allem der Tauschhandel, der im Dezember auf dem Zürcher Flughafen abgewickelt wurde. Die chilenische Regierung gab im Austausch für den russischen Regimegegner Wladimir Bukowsky den Chef der chilenischen kommunistischen Partei, Luis Corvalan, aus ihren Klauen. Das Mäntelchen der Humanität, das beide Regierungen dem Zürcher Handel umzuhängen versuchten, konnte wohl nur die wenigsten Beobachter täuschen: Hier handelten nicht Menschenfreunde, hier machten Menschenverächter ihr übles Geschäft. Die dumpfen Goliathe wollten ihre lästigen Davide loswerden, nichts weiter. Auch in der *Tschechoslowakei* wurde der Ruf nach mehr Freiheit und mehr Konsumgütern immer deutlicher. In der sogenannten «Charta 77», die einige hundert Personen unterzeichneten, wurde die Regierung aufgefordert, den grundlegenden Menschenrechten, besonders der Meinungsfreiheit, Nachachtung zu verschaffen. Die Prager Regierung, obschon sie ja die entsprechenden internationalen Abmachungen unterschrieben hat, fühlte sich dermassen provoziert, dass sie einigen namhaften Sympathisanten des Manifests die Ausreise in den Westen nahegelegt hat. Blüht nach fast 10 Jahren ein neuer Prager Frühling heran? Eines ist jedenfalls sicher, die Regierenden im Osten sitzen kaum mehr auf stabilen Amtssesseln; die Stuhlbeine beginnen langsam zu wackeln, denn das Volk rüttelt insgeheim längst an ihnen.

* * *

Bärendienste für alle Autonomiebestrebungen der Schwarzen leistete der berühmt-berüchtigte Präsident von *Uganda*, Idi Amin. Im Juli hatte der unberechenbare Polit-Spinner seinen antisemitischen Gefühlen freien Lauf gelassen und sich als geheimer Helfershelfer palästinensischer Terroristen entlarvt. Sechs PLO-Mitglieder hatten einen französischen, mit etwa 250 Personen besetzten Airbus gekapert und nach dem ugandischen Flugplatz Entebbe umgeleitet. Die jüdischen und israelischen Passagiere wurden im Flughafengebäude eingesperrt und zum Tausch gegen 53 in verschiedenen Ländern eingekerkerten Terroristen angeboten. Durch einen tollkühnen Einsatz der israelischen Luftstreitkräfte konnten die Geiseln befreit und nach Israel ausgeflogen werden. Verständlicherweise platzte der Despot fast vor Wut. Aber nicht nur von aussen wurde Amin attackiert. Das Volk dieses einst wohlhabenden Landes kämpft derzeit ums

Grausamer Bürgerkrieg in Libanon
Seit November 1976 ist zwar Waffenruhe eingekehrt, doch gibt unser Bild aus Beirut einen Begriff von den angerichteten Zerstörungen.
Photopress-Bilderdienst, Zürich

nackte Überleben. Die Massenausweisung von Indern und Weissen hat den einheimischen Schwarzen nicht den versprochenen Reichtum gebracht. Im Gegenteil, das Wirtschaftsleben erlitt durch diesen Aderlass einen Kollaps. So verwunderte es nicht, dass Amin, der das Chaos zu verantworten hat, zur Zielscheibe mehrerer Attentatsversuche wurde, die aber alle fehlschlugen. Dass der Widerstand fortwährend wächst, geht aus der Tatsache hervor, dass mindestens 50000 Menschen in ugandischen Gefängnissen festgehalten werden.

Begeisterung in Israel
Die am kühnen Handstreich in Entebbe (Uganda) beteiligten israelischen Einheiten werden nach ihrer Rückkehr auf dem Flugplatz von Tel-Aviv stürmisch gefeiert.
Photopress-Bilderdienst, Zürich

* * *

Für *Westeuropa* war das Berichtsjahr ein Jahr der Wahlen, die fast durchweg knappe Entscheidungen brachten. Aus Ratlosigkeit hatte man in Italien die Bürger vorzeitig an die Urnen gerufen. Aber die Wahlen vom Juni brachten keine Klärung der verworrenen politischen Lage, da die beiden grossen Rivalen, Kommunisten und Christlichdemokraten, ihre Stellung auf Kosten der kleinen Parteien verbessern konnten. Damit hat sich auch in Italien eine Art Zweiparteiensystem herausgebildet. Da die kommunistische Partei sich um 7 Prozent auf 34,4 Prozent verbessern konnte, sind die Christlichdemokraten je länger, je mehr auf die stillschweigende Unterstützung der «Roten» angewiesen. 1,3 Millionen Arbeitslose, 20 Prozent Inflation und ein Schuldenberg von 34 Milliarden Schweizer Franken: diese Probleme, so behaupten die Kommunisten, die in den Gewerkschaften den Ton angeben, könnten nur in Zusammenarbeit der beiden grossen Parteien gelöst werden. Dieser «historische Kompromiss» dürfe nicht länger verschleppt werden. Die Christlichdemokraten konnten aber bis jetzt noch nicht dazu gebracht werden, ihren tiefen Argwohn gegenüber den Kommunisten zu überwinden, obschon diese sich alle Mühe gaben, die Partei in Richtung auf einen sozialdemokratischen Kurs hin zu liberalisieren. Auf längere Sicht wird die mächtige KPI jedenfalls ein entscheidendes Wort in unserem südlichen Nachbarland mitzureden haben.

* * *

Während in *Schweden* die Sozialdemokraten nach 44 Jahren ununterbrochener Herrschaft nach den Parlamentswahlen vom September die harten Oppositionsbänke beziehen mussten, konnten sich einen Monat später die *westdeutschen* Sozialdemokraten zusammen mit der FDP knapp über Wasser halten. Die oppositionelle CDU/CSU verbesserte ihren Stimmenanteil um 3,8 Prozent, wogegen die SPD 3,3 und die FDP

0,4 Prozent einbüssten. Die Regierung unter Bundeskanzler Schmidt verscherzte sich jedoch viel Sympathie, als sie entgegen allen Wahlversprechungen Rentenkürzungen vornehmen wollte, die aber wegen der gewaltigen Protestwelle unterblieben. Gleichzeitig boten die politischen Gegner aber ein Bild des inneren Zerwürfnisses. Der bayrische CSU-Chef Strauss beabsichtigte eine Auflösung der bisherigen Fraktionsgemeinschaft, musste unter massivem Druck aber schliesslich zurückkrebsen.

In *Frankreich* fand anlässlich der Gemeindewahlen ein mittlerer Erdrutsch statt. Die vereinigte Linke der Sozialisten und Kommunisten kam auf etwa 52 Prozent Wählerstimmen. Im Regierungslager runzelte man besorgt die Stirn, da die Gemeindewahlen allgemein als Testwahl für die im Herbst 1978 stattfindenden Parlamentswahlen in Frankreich angesehen werden.

* * *

Im verflossenen Jahr wurde unser Planet von einer Serie heftiger Beben durchgeschüttelt. Die schweren Erdstösse vom Sommer haben schätzungsweise mehreren hunderttausend Chinesen in der Region von Peking den Tod gebracht. Im September wurde die norditalienische Provinz Friaul zum zweitenmal erschüttert, zahlreiche gerade wiedererstellte Häuser brachen zusammen. Im November kam die Türkei und im März Rumänien an die Reihe: jedesmal auch hier Not, Elend und Tod. Das schwerste Unglück in der Geschichte der Zivilluftfahrt ereignete sich beim Zusammenstoss zweier Jumbo-Jets auf dem Rollfeld von Santa Cruz auf Teneriffa. Über 570 Passagiere wurden dabei getötet.

* * *

Die bedeutendsten Ereignisse auf eidgenössischer Ebene im vergangenen Jahr lassen sich wohl am ehesten in die schlagwortartige Kurzformel fassen: ein wirtschaftlich mageres Jahr, reich befrachtet mit politischen und anderen Affären. Zunächst einmal stellte der heisse Sommer 1976 namentlich die Landwirtschaft vor etwelche Probleme. Während Bierbrauer und Glaceproduzenten voll auf ihre Rechnung kamen und die «Sonnenanbeter» sich plötzlich auf beinahe tropischen Breitengraden wähnen durften, bescherten Trockenheit und Hitze den Bauern eine zusätzliche Bürde. Die sonst saftigen Matten hatten sich in gewissen Landesgegenden in gelbe, ausgedörrte Steppen verwandelt. Der Bundesrat eilte zu Hilfe. Mannschaften und Material von Zivilschutz und Militär wurden freige-

Erdbebenschäden in der norditalienischen Provinz Friaul
Zum zweitenmal erschütterte im September 1976 ein schweres Erdbeben diese leidgeprüfte Gegend.
Photopress-Bilderdienst, Zürich

stellt, um die Bauern bei der künstlichen Bewässerung der Trockengebiete zu unterstützen. Vorsorglich verfügte die Landesregierung einen Einfuhrstopp für ausländisches Vieh, da man zunächst mit mehreren Zehntausend Notschlachtungen gerechnet hatte. Zudem wurden zehn Millionen Franken bereitgestellt, mit denen die am schwersten betroffenen Landwirte finanziell entschädigt werden konnten. Zum Glück lässt sich heute erleichtert aufatmen, da die zunächst befürchteten verheerenden Ertragseinbussen sich tatsächlich als weit weniger gravierend herausgestellt haben. Hingegen stand der Bundesrat zu Beginn des neuen Jahres vor dem Problem, Massnahmen gegen eine mögliche drohende Milchschwemme ergreifen zu müssen. Die 28 Millionen Doppelzentner des weissen Goldes, die im Jahresdurchschnitt in die Melkkübel strömten, stossen nämlich seit geraumer Zeit auf zunehmende Absatzschwierigkeiten. Dies hängt einerseits wohl mit der merklichen Abnahme der schweizerischen Wohnbevölkerung zusammen. Andrerseits dürfen gewiss auch die veränderten Konsumgewohnheiten nicht übersehen werden. 1945 trank der Durchschnittsschweizer immerhin noch sage und schreibe 222 Liter Milch, heute hingegen gerade nur noch etwa 112 Liter pro Jahr. Da die Milchverwertung vom Steuerzahler jährlich mit rund 500 Millionen Franken mitfinanziert wird und der Bund im Moment alles daran setzt, um sich keine neuen Ausgabenlasten aufzuladen, verfügte die Landesregierung mit einem dringlichen Bundesbeschluss eine Milchkontingentierung. Damit haben Landwirte, die künftig mehr als ein individuell zugeteiltes Kontingent abliefern, eine Abgabe für die Überschussverwertung zu leisten.

Schweres Eisenbahnunglück bei Brig
Die Ursache des Unglücks am Nordausgang des Simplontunnels, welches im Juli 1976 6 Todesopfer forderte, scheint auf überhöhte Geschwindigkeit zurückzuführen zu sein.
Photopress-Bilderdienst, Zürich

Wirtschaftlich dürr fiel das Jahr auch für die Industrie aus. Wohl ging die Zahl der Arbeitslosen zurück, aber noch immer waren zwischen 15000 und 20000 Personen ohne Stelle. Mit einer Arbeitslosenrate, die zwischen 0,5 und 1 Prozent hin und herpendelte, stand die Schweiz im Vergleich zu den anderen europäischen Industrienationen zwar nach wie vor glänzend da. Doch die Statistik wird der Realität nicht ganz gerecht. Infolge der Rezession sind nämlich ungefähr 340000 Arbeitsplätze verlorengegangen. Diese Zahl offenbart, dass die Schweiz nicht einfach unbeschadet aus dem schweren wirtschaftlichen Sturm hervorgegangen ist. Allerdings hinterliess der ökonomische Taifun wegen der Rückreise zahlreicher ausländischer Arbeiter verhältnismässig geringe Spuren auf dem Arbeitsmarkt. Die Prognose der Eidgenössischen Kommission

Der heisse Sommer 1976
Überall in unserem Land kam es in der Landwirtschaft zu improvisierten Bewässerungsaktionen.
Photopress-Bilderdienst, Zürich

für Konjunkturfragen lautete anfangs 1977, dass Rezession und Arbeitsplatzmangel sich weiterhin auf der Höhe von 1976 halten werden. Durch die Neuordnung der Arbeitslosenversicherung, die am 13. Juni vom Volk mit 865881 Ja zu 402468 Nein klar gutgeheissen wurde, können zwar die finanziellen Folgen eines Stellenverlusts gemildert werden, aber die seelischen und sozialen Belastungen, die entstehen, wenn ein Mensch nicht mehr eine sinnvolle Arbeit leisten darf, sind damit nicht einfach aus der Welt geschafft. Der wirtschaftliche Rückgang, die Entlassungen und Betriebsschliessungen haben natürlich dazu geführt, dass Unsicherheit und Unruhe im Lager der Arbeiterschaft sich ausgebreitet haben. Vor allem zwei Streiks gaben landesweit zu reden: im August legten die Beschäftigten der Strickmaschinenfabrik Dubied in Couvet (Kanton Neuenburg) die Arbeit nieder, und im April erschienen in Genf drei Tage lang keine Zeitungen, da die Typographen in den Streik getreten waren.

Das Druckgewerbe wird derzeit nicht nur vom konjunkturellen Tief, sondern zugleich auch von einer Strukturkrise – hervorgerufen durch die Einführung neuer technischer Verfahren und eine übergrosse, der Nachfrage nicht mehr angepasste Produktionsmöglichkeit – schwer geplagt. Aber es bleibt doch als positives Faktum aus dem Wirtschaftsbereich zu vermerken, dass die Schweiz sich auf einen beneidenswert stabilen Geldwert zubewegte: die Inflationsrate pendelte in der Zone von nur einem Prozent, was sehr wahrscheinlich weltweit einen Tiefstrekord darstellt.

Selbstverständlich hatte die Wirtschaftsflaute auch Auswirkungen auf den Haushalt des Bundes. Da die Steuereinnahmen zurückgingen, die Ausgaben des Bundes jedoch weitgehend stagnierten, musste die Staatsrechnung mit einem Fehlbetrag von 1,5 Milliarden Franken abschliessen. Schwarzseher hatten allerdings noch «rötere» Zahlen vorhergesagt. Zwei Möglichkeiten stehen prinzipiell offen, um zu ermöglichen, dass das Loch in der Bundeskasse künftig wieder gestopft werden kann: Sparen oder mehr Steuern eintreiben. Die erste Möglichkeit wurde von Parlament und Regierung mit sehr bescheidenem Erfolg durchgeprobt. Denn der Schweizer ist zwar grundsätzlich sehr fürs Sparen, aber er möchte, dass dies zunächst und vor allem immer beim Nachbarn geschehe. Daher setzt der Bundesrat nun seine Hoffnung auf die zweite Möglichkeit. Mit der Einführung einer zehnprozentigen Mehrwertsteuer sollen dem Bund die nötigen Mittel zufliessen. Ob das Volk die bittere Pille dieser Konsumsteuer schlucken wird – wir wer-

den es erst im nächsten Jahresbericht sagen können.

* * *

Wir haben behauptet, das verflossene Jahr sei ein Jahr der Affären gewesen. Beginnen wir mit jenem Fall, der beim Schweizervolk die wohl stärksten Gefühlsregungen auslöste. Als die eidgenössischen Justizbehörden aus blauem Augusthimmel herab mit der Nachricht aufwarteten, dass der frühere Chef der Abteilung für Luftschutztruppen, Brigadier Jean-Louis Jeanmaire, verhaftet worden sei, da er unter dem Verdacht stehe, zugunsten der Sowjetunion Spionage betrieben zu haben, bewirkte diese Mitteilung ein mittleres politisches Erdbeben im Lande. Die Meldung schien einfach unglaublich. Aber der Verdacht erhärtete sich ziemlich rasch zur Gewissheit, und Jeanmaire gestand schliesslich, dass er vom Jahre 1962 bis kurz vor seiner Verhaftung geheime Unterlagen über die Landesverteidigung, Informationen über Armeeführer und militärische Übungen sowie über Politiker an die russische Botschaft in Bern übergeben habe. Die Ermittlungen der Bundesanwaltschaft ergaben zudem, dass auch die Gattin des Brigadiers in das dubiose Spiel mitverwickelt gewesen war. Der Volkszorn über den Spion stieg zuweilen auf Siedehitze, der Wunsch nach Lynchjustiz wurde vereinzelt laut, und einige Politiker forderten, es müsse über eine Wiedereinführung der Todesstrafe ernsthaft nachgedacht werden. Andernorts indessen wurde die Frage aufgeworfen, ob das Beförderungssystem der Armee noch tauglich sei, wenn derartige «Versager» die Leiter bis zu den obersten Offiziersrängen erklimmen können. Moskau liess den ganzen Fall kurzerhand als ein «Produkt westlicher Entspannungsgegner» deklarieren. Hinter der Affäre stecke wieder einmal der westdeutsche Nachrichtendienst. Wenn etwas an dieser Behauptung stimmt, dann dies: die Entspannung in Europa wird durch solche Vorgänge gewiss nicht vorangetrieben.

Der heisse Sommer 1976
Wer erinnert sich noch? Wasser war im Juni und Juli 1976 überall sehr gefragt – Trokkenheit und Dürre in der Landwirtschaft waren die anderen Seiten dieser Schönwetterperiode.
Photo Hansueli Trachsel, Bern

Dass die Schweiz dank ihrer politischen Neutralität und ihrer verkehrsgünstigen Lage im Herzen Europas ein beliebtes Tummelfeld für allerlei nachrichtendienstliche Dunkelmänner ist, wissen wir nicht erst seit der Enttarnung Jeanmaires. Gerade im Berichtsjahr erhielten wir diese stillschweigende Erkenntnis wieder einmal bestätigt. Wegen «verbotener nachrichtendienstlicher Tätigkeit» wurde Ahmed Mahdavi, der mutmassliche Chef des iranischen Geheimdienstes «Savak», aus unserem Lande ausgewiesen. Im Dienste der «Savak» sollen mehrere tausend Agenten stehen, die auf alle Perser angesetzt wer-

Die Hochzeit des Jahres
Der schwedische König Karl Gustav heiratete im Juni 1976 die bürgerliche Deutsche Sylvia Sommerlath.
Photopress-Bilderdienst, Zürich

den, die dem Schah und seinem Regime irgendwie kritisch gegenübertreten. Dass der Bundesrat, trotz den aus Wirtschaftskreisen geäusserten Befürchtungen, die Handelsbeziehungen zum Iran könnten beeinträchtigt werden, einen klaren Entscheid fällte, war zweifellos richtig. Der Iran beantwortete die Sanktion gegen Mahdavi mit der Aussperrung eines Schweizer Botschaftssekretärs. Auch gegenüber dem Osten ging die Bundesjustiz mit derselben Unnachsichtigkeit vor: sowohl ein Angehöriger der rumänischen Botschaft als auch ein sowjetischer Diplomat wurden unter dem Verdacht, illegale Aktivitäten entfaltet zu haben, aus der Schweiz weggewiesen. Nähere Gründe für die Ausweisung erfuhr man nicht, doch wurde festgehalten, dass ein Zusammenhang mit dem Fall Jeanmaire nicht bestehe.

Das Volk war gerade noch damit beschäftigt, die Auswirkungen des Spionageschocks zu verdauen, da brachte eine neue Enthüllung die Gemüter wieder in Wallung. Mitglieder des Demokratischen Manifests – einer Gruppierung linker Künstler, Wissenschafter und Politiker, die sich selbst als Kämpfer für die Aufrechterhaltung der demokratischen Freiheitsrechte verstanden wissen wollen – waren in die Archivräume von Ernst Cincera eingebrochen. Cincera ist landesweit als «Subversivenjäger» bekannt und deswegen auf der Linken eine beliebte Zielscheibe für Angriffe aller Art.

Ein anderer Schweizer machte mit seinem bissigen Frontalangriff gegen die Schweizer Banken viel von sich reden. Der 42jährige Soziologieprofessor Jean Ziegler veröffentlichte ein Buch mit dem ironisch gemeinten Titel «Eine Schweiz, über jeden Verdacht erhaben». Das Machwerk des sozialdemokratischen Genfer Nationalrats, das im In- und Ausland zum Verkaufsschlager wurde, richtet an die Schweizer Bankiers den schwerwiegenden Vorwurf, sie seien indirekt für das Elend und die Not von Millionen Menschen in der Dritten Welt mitverantwortlich.

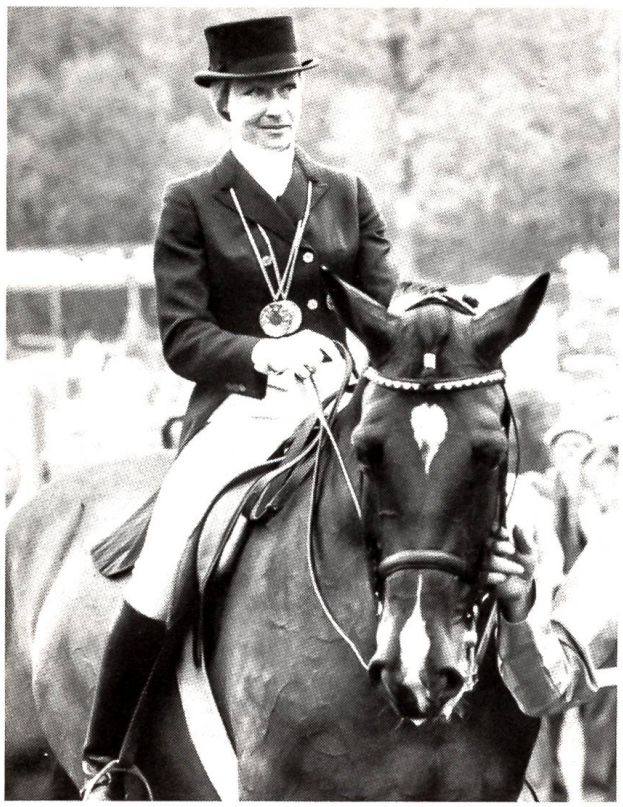
Die aggressiven Töne des Zieglerschen Pamphlets klangen noch in den Ohren, als die Bombe des bisher grössten Bankenskandals explodierte. Zur Zeit der Abfassung unseres Berichts sind die Einzelheiten der Affäre zwar noch keineswegs völlig erhellt. Nur so viel steht im Augenblick fest: die Schweizerische Kreditanstalt, eines der angesehensten Bankinstitute in unserem Lande, hat über ihre Filiale in Chiasso eine Unmenge Geld verspekuliert und verloren. Die Schätzungen des Schadens reichen bis über eine Milliarde

Franken! Wie konnte es zu diesem enormen Verlust kommen? Seit Jahren haben zahlreiche italienische Geldbesitzer, da sie die wirtschaftliche Lage im eigenen Land für zu unsicher hielten, ihre Finanzwerte häufig illegal ausser Landes geschmuggelt. Ein gewaltiger Geldstrom floss auch in die Schweiz. Die Filiale der Kreditanstalt in Chiasso soll das Guthaben von zirka 1000 italienischen Kunden verwaltet haben. Der Löwenanteil des Geldes wurde über eine Finanzanstalt in Vaduz wieder nach Italien zurückgeschleust und dort in verschiedene Unternehmungen investiert. Da die Wirtschaftskraft dieser Firmen offenbar fahrlässigerweise viel zu hoch eingestuft worden war, muss die ausstehende Zeche von der Schweizer Bank beglichen werden, da sie an ihre Kunden, deren Geld sie treuhänderisch verwahren sollte, ansonsten nicht übliche Garantieerklärungen abgegeben hatte. Die Filialdirektoren wurden verhaftet und der Präsident der Generaldirektion in Zürich musste zurücktreten, doch damit ist die Sache wohl noch nicht erledigt.

Olympische Sommerspiele Montreal 1976
Das Olympiastadion während der Eröffnungsfeier
Photopress-Bilderdienst, Zürich

* * *

Werfen wir nun noch einen Blick auf die Vorlagen, über die das Volk im Berichtsjahr zu befinden hatte. Das Raumplanungsgesetz, um das im Parlament in harten und langwierigen Auseinandersetzungen gerungen worden war und das der Bundesrat als «Gesetz des Jahrhunderts» propagiert hatte, wurde am 13. Juni mit 654 311 Nein gegen 626 224 Ja verhältnismässig knapp verworfen. Einerseits mögen die Mängel der Vorlage, die sich aus der Suche nach einem Kompromiss ergeben hatten, manch einen Stimmbürger abgeschreckt haben; andrerseits wurde das Gesetz vielleicht auch das Opfer des allzu sonnigen Wochenendes, denn sicher waren viele Städter vor der Hitze aufs Land geflüchtet und der Urne ferngeblieben. Gerade um die Erhaltung und den Schutz der ländlichen Erholungsgebiete vor einer wilden Zersiedelung hätten sich diese Ausflügler jedoch bekümmern müssen. Die Durchsetzung einer sinnvollen Raumordnung wird auf jeden Fall ein vordringliches Postulat der Innenpolitik bleiben. Das Urteil über den sog. IDA-Kredit kam indessen nicht ganz unerwartet. Sowohl von der äussersten Ecke der Linken wie der Rechten war der 200-Millionen-Kredit an die Tochter der Weltbank, die mit dem Geld Projekte in den ärmsten Entwicklungsländern realisieren wollte, unter heftigen Beschuss genommen worden. Mit 713 853 Nein zu 550 557 Ja obsiegten schliesslich die Kritiker. – Die Neukonzeption der Arbeitslosenversicherung lag dem Herzen des Schweizers naturgemäss näher. Der neue Verfassungsartikel erreichte, wie bereits erwähnt, eine entschiedene Mehrheit.



Olympische Sommerspiele Montreal 1976
Christine Stückelberger errang mit ihrem Pferd «Granat» im Dressurreiten die einzige Goldmedaille für die Schweiz.
Photopress-Bilderdienst, Zürich

Ein zweifaches Nein schaute bei den eidgenössischen Abstimmungen vom 26. September heraus. Wie nicht anders zu erwarten war, lehnten Volk und Stände die Initiative des Verbandes des Personals der öffentlichen Dienste (VPOD) für die Einführung einer staatlichen Motorhaftpflichtversicherung unmissverständlich mit 939379 Nein-Stimmen ab. Weniger erwartet worden war, dass auch die Vorlage von Bundesrat und Parlament über einen neu zu schaffenden Verfassungsartikel für Radio und Fernsehen vor dem Souverän keine Gnade finden würde. 531747 Stimmbürger sprachen sich für die Annahme des Artikels und 695541 dagegen aus. Verschiedene Politiker, insbesondere aus Kreisen der SP und des LdU, hatten die Art der Formulierung beargwöhnt und den Verdacht geäussert, es solle den unbequemeren Mitarbeitern von Radio und Fernsehen ein Maulkorb umgehängt werden.

Für die Volksinitiative der Progressiven Organisationen der Schweiz (POCH) auf Einführung der 40-Stunden-Woche bestand keine Aussicht auf Erfolg mehr, nachdem der Schweizerische Gewerkschaftsbund sich gegen die Vorlage ausgesprochen hatte und die Lancierung einer eigenen Initiative zur schrittweisen Reduktion der Arbeitszeit auf 40 Stunden ankündigte. Die Schlappe der POCH am 5. Dezember war daher unvermeidlich: den 1314523 Nein standen nur 370439 Ja gegenüber. Für die Fortsetzung der Preisüberwachung (1365693 Ja zu 299672 Nein) und die Weiterführung des Geld- und Kreditbeschlusses (1108414 Ja gegen 466923 Nein) wurden hingegen deutlich zustimmende Mehrheiten in die Urne gelegt.

Die letzte eidgenössische Abstimmungsrunde, über die wir zu berichten haben, ging am 13. März über die Bühne. Allen drei in Frage stehenden Volksbegehren war die äusserste Rechte zu Gevatter gestanden, und alle drei Vorlagen stiessen auf nur sehr beschränkte Sympathie im Volk. Die 4. Überfremdungsinitiative der Republikaner «zum Schutze der Schweiz», welche eine Herabsetzung des Ausländerbestandes verlangte, fand wenig Gegenliebe: 1183813 Nein zu 492848 Ja. Gleichermassen erging es der 5. Überfremdungsinitiative der Nationalen Aktion «zur Beschränkung der Einbürgerungen», welche die jährliche Aufnahmequote auf 4000 Personen zu beschränken suchte. Eine derart willkürliche zahlenmässige Festlegung empfanden die meisten Stimmbürger als unannehmbar (1115501 Nein zu 568583 Ja). Auch das Volksbegehren der Nationalen Aktion gegen die Überfremdung über eine Neuordnung des Staatsvertragsreferendums sammelte weit mehr Gegner als Befürworter: 1153594 Nein standen gegen 351749 Ja. Der Gegenvorschlag der Bundesversammlung hingegen wurde mit 976839 Ja zu 504924 Nein gutgeheissen.

* * *

In Rekordzeit, nämlich in nicht ganz zehn Monaten, hat der in Delsberg tagende 50köpfige

Verfassungsrat die rechtlichen Grundlagen für den neuen Kanton Jura ausgearbeitet. Der am 2. Februar von den Deputierten verabschiedete Verfassungsentwurf wurde am 20. März auch von den Stimmberechtigten im Nordjura mit 26942 Ja zu 5879 Nein und bei einer Stimmbeteiligung von nahezu 80 Prozent angenommen. Das fortschrittliche und in seiner knappen Formulierung vorbildliche Verfassungswerk erregte wegen seines Artikels 138 – des sogenannten «Wiedervereinigungsartikels» – jedoch zu Recht den heftigen Widerstand der Berner Kantonsregierung. Nach Ansicht der Berner Exekutive erhebt Artikel 138 einen unannehmbaren Gebietsanspruch auf jenen Teil des Juras, der sich im Volksentscheid für den Verbleib im alten Kanton erklärt hat. Auch der Bundesrat folgte weitgehend dieser Auffassung und wird deshalb den eidgenössischen Räten zwar beantragen, der Verfassung die Gewährleistung zu erteilen, jedoch mit Ausnahme des Wiedervereinigungsartikels. Das letzte Wort in Sachen Jura werden allerdings Volk und Stände zu sprechen haben, denn Artikel 1 der Bundesverfassung muss erst noch geändert werden. Mit 200009 Ja gegen 62440 Nein akzeptierten die Stimmberechtigten des Kantons Bern die Verfassungsgrundlage für den Kanton Bern in seinen neuen Grenzen, und der Grosse Rat nahm verschiedene Änderungen in der Kantonalverfassung vor. Dass er dabei auch den Begriff «jurassisches Volk» gestrichen hat, führte dazu, dass sich die Auseinandersetzungen zwischen Probernern und Autonomisten im Südjura bis hin zu Krawallen und Strassenschlachten zuspitzten.

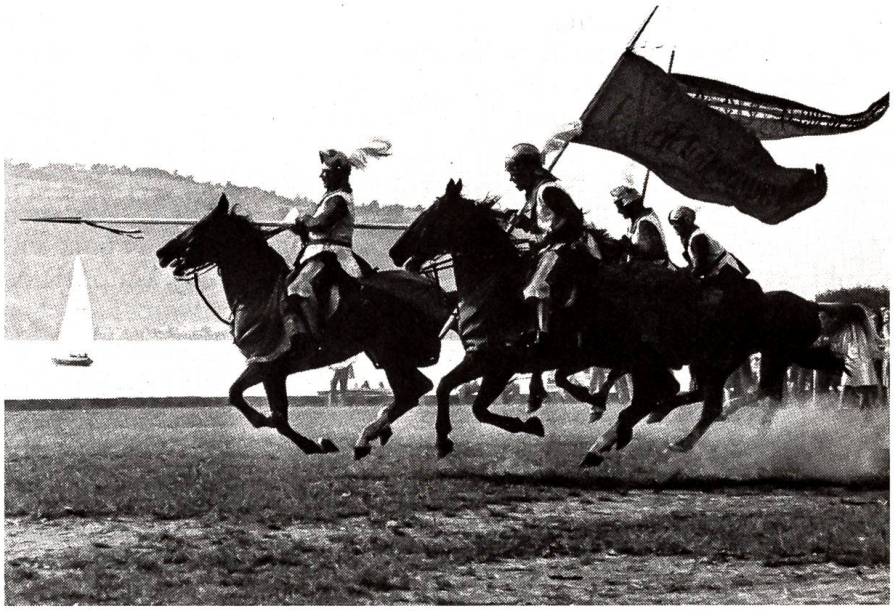
* * *

Nach all den vielen Hiobsbotschaften zum Abschluss doch noch eine frohe Kunde: Erstmals wurde einer Frau das höchste Amt im Staate übertragen. Der Nationalrat erkor die Schwyzerin Elisabeth Blunschy-Steiner zu seiner neuen Präsidentin. Sie löst den Walliser Wyer ab, der im Dezember in seiner Wohngemeinde Visp als neuer Präsident gefeiert worden war, dann aber im Frühjahr 1977 wegen seiner Wahl in den Staatsrat des Kantons Wallis zurücktreten musste.

Streng nach Rezept

Ein berühmter französischer Arzt feierte bei bester Gesundheit seinen 80. Geburtstag. Man fragte ihn, wie er es angestellt habe, sich so frisch zu halten.

«Ich habe immer von meinen Rezepten gelebt», erwiderte er, «ohne je eines genommen zu haben.»



Murtenfeiern 1976
500 Jahre nach der Schlacht liess sich diese mit Ross und Reiter, alten Waffen und Standarten wirklichkeitsnah auf dem ehemaligen Schlachtgelände nachvollziehen.
Photo Hansueli Trachsel, Bern